

## Energiepolitik für Bildungseinrichtungen verbessern!

Bildungseinrichtungen wie Grund- und weiterführende Schulen sowie Universitäten stehen momentan vor einer schwierigen Entscheidung: Sollen sie in Form von zum Beispiel Photovoltaik(PV)-Anlagen erneuerbare Energien unterstützen oder diese Form der dezentralen Energieerzeugung nicht ausbauen? Diese Fragestellung wird momentan dadurch erschwert, dass das eingesparte Budget, welches bei der Stromerzeugung entsteht, momentan nicht in Bildungsmaßnahmen investiert wird. Stattdessen zieht das betreffende Ministerium dieses Geld vom Gesamtbudget, das zur Verfügung gestellt wird, ab. Unter diesen Umständen ist wirtschaftlich nachvollziehbar, warum so wenige Bildungseinrichtungen in Bayern PV-Anlagen auf den Dächern haben. Im Sinne der Energiewende ist diese Politik allerdings eine Katastrophe.

Hier muss sich etwas ändern!

Als GRÜNE JUGEND Bayern fordern wir, dass der rechtlichen Rahmen so angepasst wird, dass Gewinne aus erneuerbaren Energien für Bildungseinrichtungen vorhandenes Budget nicht abgezogen werden, sondern dieses Budget zusätzlich für die Bildungseinrichtungen zur Verfügung steht.

Des Weiteren fordern wir eine unkomplizierte, staatliche Unterstützung für den Bau von PV-Anlagen auf Bildungseinrichtungen, um deren Verantwortung als Ort mit Vorbildcharakter nachzukommen.

Zusätzlich fordern wir die einmalige Pflicht des „Immobilien Freistaat Bayern“ (IMBY), zu prüfen, ob und wo der Ausbau von PV-Anlagen auf ihren Gebäuden sinnvoll ist. Gebäude, die nicht im Besitz des IMBY sind, müssen von den jeweiligen Eigentümer\*innen geprüft werden.

Beschlossen auf dem 42. Landesjugendkongress der GRÜNEN JUGEND Bayern am 13. Mai 2018 in Würzburg.